

Russland-Ukraine-Krieg

Von Stefan Brändle

Es war Sonntag, als Florent Coury beschloss, in den Krieg zu ziehen. Er hörte an diesem 27. Februar den Appell des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, die Ukraine gegen die Russen zu unterstützen. In dem 39-jährigen Franzosen begann es zu rumoren. Am Abend sagte er seiner Frau, er werde in die Ukraine fahren. Noch in der gleichen Woche war Coury im Einsatz, wie er am Handy erzählt. Er sagt, dass er über keine militärische Erfahrung verfüge – „wie die Spanienkämpfer der 30er Jahre gegen die Franco-Diktatur“. Der auf Fotos athletisch wirkende Familienvater arbeitet als Personalmanager bei Renault, ist Macron-Wähler mit Linksneigung, verheiratet, hat drei Kinder, denen er abends Rittergeschichten erzählt. Am Sonntag sagte er, er gehe zu den ukrainischen Rittern.

Coury nahm in Polen nach einer zweitägigen Anreise einen Bus, der Flüchtlinge aus der Ukraine gebracht hatte. Im Westen der Ukraine begann er eine einwöchige Ausbildung in der von Selenskyj aufgestellten „internationalen Legion“. Themen waren Taktik, medizinische Hilfe, Waffengebrauch. Coury kam in die Brigade der „georgischen nationalen Legion“, die seit 2014 im Separatistengebiet Donbass kämpft. Mit von der Partie seien Köche, Studenten, Banker, Klempner, Maler, Anwälte, ein Barkeeper, Georgier genauso wie Deutsche oder Kanadier. Zum gemeinsamen Nenner erklärt der Franzose: „Wir kämpfen für die Ukrainer und für die Werte der Demokratie und Freiheit. Und, na ja, wir sind alle ein wenig verrückt.“

Wir kontaktieren Roman Shulyar, Litauer, 40 Jahre alt. Kein Heißsporn oder Haudegen, Handelsdirektor eines Brüsseler Medienunternehmens, ein ganz normaler Mann, politisch gemäßigt, der so erklärt, warum er sich engagiert: „Ich habe nichts gegen Russen, nur etwas gegen irre Diktatoren.“ Rechtsextremisten seien möglicherweise unter den Legionären, räumt er ein, doch in seiner Einheit seien ihm keine bekannt.

„Hören Sie die Schüsse?“ Ja, man hört sie durchs Telefon. „Das ist nur Artilleriefeu-er, nichts gegen die Bomben“, sagt der Litauer. Zu sehen war das am Wochenende, als die Russen das Trainingszentrum Jaworiw nahe der polnischen Grenze mit Marschflugkörpern bombardierten und mindestens 35 Menschen töteten. Die Georgier-Legion hatte sich nicht dort ausbilden lassen, sondern in der Nähe von Lwiv. Russisches Roulette ist es allemal.

An das Bombardement „gewöhnt man sich“, sagt Shulyar. „Nur schlafen tut man nicht viel.“ Ein neuer Knall, gut hörbar. „Das war etwas näher“, gesteht der litauische Jurist. Ohne nähere Angaben erzählt er, er befinde sich im belagerten Kiew. Gegenwärtig errichtet er Panzersperren; er patrouilliert und wartet auf den russischen Angriff. „Kiew hat sich eingegraben, die Stadt ist eine Festung“, berichtet der Freiwillige. Von seiner Arbeitgeberin sagt er nur, dass sie ihn unterstütze, „aber wohl nur, wenn der Krieg nicht allzu lange dauert“.

Erfordert sein Einsatz Mut? „Als ich herkam, sagte ich mir, okay, vielleicht kehre ich nie mehr zurück“, sagt Shulyar. Doch das sei



Männer verlassen Polen am Grenzübergang in Medyka, um in der Ukraine zu kämpfen.

Foto: dpa/Markus Schreiber

Die Ritter von Kiew

Tausende von Europäern kämpfen als Freiwillige in der Ukraine, um deren Armee zu unterstützen. Wer sich bei ihnen erkundigt, stößt nicht auf paramilitärische Heißsporne, sondern ziemlich normale Büromitarbeiter aus westeuropäischen Metropolen.

unwichtig. „Man vergisst alles, wenn man sieht, wie unglaublich dankbar die Leute hier sind. Als ich mir die Haare schneiden ließ, akzeptierten sie nicht einmal Bezahlung.“

Der Anwalt weiß, dass er keine Sonderbehandlung zu erwarten hat, sollte er den Russen in die Hand fallen. Moskau hat angekündigt, dass „Söldner“ keinen Status als Kriegsgefangene erhalten würden. Shulyar denkt nicht daran. Er sei „total motiviert“, und seiner Stimme ist die Entschlossenheit anzuhören. Nur indirekt tönt an, dass die Sandsack-Barrikaden, an denen er mitbaut, gegen russische Mörserschüsse oder Bomben nichts ausrichten können: „Schreiben Sie an die Adresse Ihrer Regierung, die Nato soll über der Ukraine eine Flugverbotszone deklarieren“, drängt der Legionär. Eine solche Ankündigung könnte zwar einen neuen Weltkrieg auslösen. Shulyar hält sie aber für unerlässlich, um in Kiew eine militärische Chance zu wahren. „Um den Rest kümmern wir uns.“

„Wir kämpfen für die Ukrainer und für die Werte der Demokratie und Freiheit. Und wir sind alle ein bisschen verrückt.“

Florent Coury, freiwilliger Kämpfer

WIEVIEL FREIWILLIGE GIBT ES?

Zahlen Die Zahl der Freiwilligen ist – wie so ziemlich alle Zahlen im russischen Krieg gegen die Ukraine – umstritten. 20 000 internationale Kämpfer sollen sich laut dem ukrainischen Außenministerium für den Kriegsdienst gegen Russland gemeldet haben. Der Geheimdienst der Vereinigten Staaten geht hingegen eher von rund 5000 bis 6000 Legionären aus. *brä*

Putins verarmte Kämpfer

Russland versucht, in Syrien Freiwillige anzuwerben – für 1000 Euro Sold.

Von Thomas Seibert

Russland hat begonnen, in Syrien Kämpfer für den Krieg in der Ukraine anzuwerben. Experten bezweifeln aber, dass Hilfstruppen aus Nahost die militärischen Probleme des Kreml lösen können. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte vorige Woche den Einsatz der Syrer angekündigt. In einer vom Fernsehen übertragenen Sitzung des Sicherheitsrates in Moskau teilte Verteidigungsminister Sergei Schoigu dem Staatschef mit, 16 000 Kämpfer aus Nahost warteten nur darauf, auf russischer Seite eingesetzt zu werden. Putin forderte den Minister auf, alles zu tun, um die Freiwilligen an die Front zu bringen.

Nun werden in Syrien die Hilfstruppen ausgehoben, wie die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete. Die Anwerbung laufe über syrische Regierungsbehörden und den syrischen Geheimdienst. Rund 40 000 Männer sollen sich bereits als Freiwillige registriert haben. In anderen Berichten ist von einigen Tausend potenziellen Kämpfern die Rede. Den Syrern werden laut der Beobachtungsstelle 1000 Euro für den Kampfeinsatz versprochen.

Die oppositionelle Organisation Syrer für Wahrheit und Gerechtigkeit zitierte einen

syrischen Behördenvertreter mit den Worten, Namenslisten von Kandidaten würden zur Weitergabe an das russische Militär zusammengestellt. Die Nachrichtenplattform Middle East Eye berichtete, auf einer Facebook-Seite syrischer Militärs werde ebenfalls für den Einsatz in der Ukraine geworben. Der Sold soll nach diesen Angaben je nach Ausbildung und militärischer Erfahrung bis zu 3000 Dollar betragen. Auch John Kirby, Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, erklärte, es gebe Hinweise auf eine Anwerbung von Syrern. Bisher sind aber noch keine Kämpfer aus Syrien in der Ukraine eingesetzt.

Dass Putin sich gezwungen sehe, Syrer anzuwerben, sei „interessant“, sagt der Pentagon-Sprecher.

Krieg in Syrien keine Probleme haben werden, schnell Interessenten zu finden. Aus Sicht Russlands seien die Syrer billige Söldner, schrieb Makki in einer Analyse.

Neben der regulären Armee setzt Moskau in der Ukraine bisher Söldner der privaten Sicherheitsfirma Wagner und russlandtreue Kämpfer aus Tschetschenien ein. Die Gegner Russlands nehmen das Thema der syrischen Kämpfer gerne auf. Dass Putin sich gezwungen sehe, Syrer anzuwerben, sei „interessant“, sagte Pentagon-Sprecher Kirby.

Atomabkommen mit Iran: Moskau gibt grünes Licht

Der russische Außenminister Sergej Lawrow gibt seine jüngst geäußerten Bedenken gegen einen Deal auf.

Russland sieht nach Angaben von Außenminister Sergej Lawrow einen Teil seiner Forderungen im Zusammenhang mit dem iranischen Atomabkommen erfüllt. Es sei schriftlich garantiert, dass Sanktionen wegen des Angriffs auf die Ukraine nicht die russische Nuklearzusammenarbeit mit dem Iran treffen werden. Das sagte Lawrow am Dienstag in Moskau nach einem Gespräch mit seinem iranischen Kollegen Hussein Amirabdollahian.

Das US-Außenministerium wollte Lawrows Äußerungen nicht direkt kommentieren, erklärte aber: „Vielleicht ist Moskau nun klar, dass die neuen Sanktionen gegen Russland (...) nichts mit dem (Atomabkommen) zu tun haben und keine Auswirkungen auf dessen Umsetzung haben dürften.“

Moskau hatte zuletzt gefordert, dass seine ganze wirtschaftliche und militärische Kooperation mit dem Iran von Sanktionen ausgenommen werden sollte. Dies überschattete Versuche in Wien, das auf Eis liegende Atomabkommen von 2015 wiederzubeleben. Das Abkommen zwischen dem Iran, den USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Russland und China soll Teheran an der Entwicklung eigener Atomwaffen hindern.

Aus Sicht westlicher Diplomaten sind die neuen Russland-Sanktionen kein Hindernis für eine Neuauflage des Atomabkommens. Das betonte nun auch das US-Außenministerium. Man würde die russische Beteiligung an Nuklearprojekten, die Teil der Wiederaufnahme der vollständigen Umsetzung des Atomabkommens seien, „natürlich nicht“ sanktionieren, erklärte ein Sprecher. Darüber hinaus könne man Moskau keine Zusicherungen machen.

„Wir haben schriftliche Garantien bekommen“, sagte Lawrow nun mit Blick auf die nukleare Zusammenarbeit, vor allem beim von Russland gebauten Atomkraftwerk Buschehr im Iran. Die Garantie sei im Text über eine Erneuerung des Atomabkommens enthalten. Er wies Vorwürfe zurück, Russland erschwere die Wiener Verhandlungen. „Von unserer Seite gab und gibt es keine unerhörten Forderungen.“ Wenn das Atomabkommen noch nicht wieder in Kraft gesetzt werde, liege das an anderen beteiligten Hauptstädten, aber nicht an Moskau. *dpa*

Trotz Hinrichtungen: Johnson nach Riad

LONDON. Der britische Premierminister Boris Johnson hat eine für Mittwoch geplante Reise nach Saudi-Arabien trotz der bekannt gewordenen vielen Hinrichtungen in dem Land gerechtfertigt. Es sei „essenziell“, dass sich der Westen von der Abhängigkeit fossiler Energieträger aus Russland löse, sagte Johnson. Sonst bestehe die Gefahr, sich der Erpressung durch den russischen Präsidenten auszusetzen, so Johnson weiter. „Das bedeutet, wir müssen mit anderen Produzenten auf der ganzen Welt darüber sprechen, wie wir von dieser Abhängigkeit loskommen.“ Man müsse nun eine größtmögliche Koalition schließen, um auf die Ereignisse in der Ukraine und die dadurch gestiegenen Öl- und Gaspreise zu reagieren. *dpa*

Söder: Sonderregeln für viele Windräder

MÜNCHEN. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) will an der umstrittenen Mindestabstandsregel für Windräder grundsätzlich festhalten – aber Ausnahmeregelungen für mindestens 500 neue Anlagen im Freistaat zulassen. Es solle „500 plus X“ neue Windkraftanlagen geben, „wenn es nach mir geht ein deutliches X“, sagte Söder in einer Regierungserklärung im bayerischen Landtag in München. Dies müsse aber mit und nicht gegen die Bürger erfolgen. Die 10H-Regel bleibe, es solle aber eine „Reform mit Ausnahmen“ geben.

Damit bewegt sich Söder auf den Koalitionspartner, die Freien Wähler, zu. Deren Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hatte erklärt, er wolle in der nächsten Dekade mindestens 600 neue Windkraftanlagen im Freistaat errichten lassen.

Nach der 10H-Regel in Bayern müssen Windräder zu den nächsten Wohnhäusern den zehnfachen Abstand ihrer Höhe einhalten – ein 200 Meter hohes Windrad also mindestens 2000 Meter. *dpa*

Wie russische Firmen das Embargo umgehen

Für die Maschinen der russischen Fluglinie Sky Gates ist der europäische Luftraum gesperrt. Doch es gibt einen Trick, trotzdem zu landen.

Von Christian Gottschalk

Im Sommer vor zwei Jahren war die Freude im Hunsrück groß. Die russische Frachtfluggesellschaft Sky Gates wurde damals auf dem Flughafen Frankfurt-Hahn willkommen geheißen. Drei Mal in der Woche hob ein Flieger vom Typ Boeing 747 ab ins aserbaidschanische Baku und in das zentralchinesische Zhengzhou, mit Zwischenstopp in Moskau-Zhukovsky. Mit dem Beginn der umfangreichen Sanktionen gegenüber Russland hätten die Flugzeuge, in deren Bauch mehr als 100 000 Kilo an Nutzlast passen, eigentlich nicht mehr starten und landen dürfen. Eigentlich.

Vor wenigen Tagen war ein Flugzeug wieder da. Gelandet um 5.24 Uhr, um 9.24 Uhr schon wieder verschwunden. Allerdings unter einer anderen Kennung als bisher. 4 K-BCH an Stelle von VP-BCH, das sagt zumindest Olaf Simon. Simon ist ein Experte, wenn es um Luftfahrt geht, nicht nur rund um den Flughafen Hahn. Er ist Sprecher der „Bürgerinitiative gegen den Nachtflughafen Hahn“ und beobachtet genau, was auf der Start- und Landebahn im Hunsrück vor sich geht. Der russische Flieger habe wohl umgefloggt, er

klärt Simon, an Stelle der russischen Zulassung sei die Maschine nun in Aserbaidschan gemeldet und für die Gesellschaft Silkway unterwegs. „Das ist eine Mogelpackung“, sagt Simon gegenüber dieser Zeitung: „Außen Aserbaidschan, innen russisch.“

Offizielle Stellen halten sich mit Stellungnahmen in dieser Angelegenheit zurück. „Sky Gate fliegt aufgrund der aktuellen Sanktionen und der in diesem Zusammenhang erfolgten Sperrung des Luftraums für russische Airlines nicht mehr am Flughafen Frankfurt-Hahn“, heißt es lapidar vom Flughafenbetreiber. Dem Luftfahrtbundesamt in Braunschweig ist der Fall bereits bekannt. Er werde nun „daraufhin untersucht werden, ob hier ein Sanktionstatbestand beziehungsweise der Versuch einer Umgehung“ vorliege. Von den beiden Airlines Sky Gates und Silkway gab es auf Anfragen keine Reaktion.

Dass die Maschine umgefloggt wurde scheint unstrittig, es ist nicht das erste Mal. Im Internet haben so genannte Planespotter den Lebenslauf der Flieger verfolgt. „Einstmals waren sie in Korea zu Hause, flogen dann für Silkway, für Sky Gates und nun wieder für Silkway“, sagt Olaf Simon. Ihre bisher letzte Reise unter einer russischen Flugnum-



Frankfurt Hahn gehört zu den großen deutschen Frachtflughäfen.

Foto: dpa/Thomas Frey

mer sei von Nowosibirsk beziehungsweise Moskau nach Baku gegangen, all das lasse sich mit Daten im Netz belegen.

Dass die Umfluggung in zeitlicher Nähe zu den Sanktionsmaßnahmen gegenüber russischen Unternehmen steht ist offenkundig. Grundsätzlich sind diese Maßnahmen jedoch nicht ungewöhnlich. Immer dann, wenn ein Flugzeug den Eigentümer wechselt, dann wechselt auch die Kennung. „Das ist ein unproblematischer Verwaltungsakt“, sagt Wolf-Dietrich Kindt vom Bundesverband der deutschen Luftverkehrswirtschaft. In der Regel sei das in wenigen Tagen zu be-

wältigen. In Deutschland sei das Luftfahrtbundesamt dafür zuständig, im Ausland habe jedes Land seine eigenen Stellen.

Der Bedarf, Güter aus Russland umzuschlagen, scheint noch immer groß zu sein. Als die Flieger für Sky Gates unterwegs waren, seien sie zehn bis zwölf Mal die Woche in Frankfurt-Hahn gewesen, sagt Olaf Simon. Silkway sei jetzt immerhin noch vier bis sechs Mal die Woche im Landeanflug. Frankfurt-Hahn ist dabei nicht der einzige europäische Flughafen, auf dem die ehemals russischen Maschinen landen. In Oslo, Wien und Amsterdam wurden sie auch gesichtet.